

Landeshauptstadt Dresden  
Die Oberbürgermeisterin



## **N I E D E R S C H R I F T**

**zum öffentlichen Teil**

**der 42. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Kommunalwirtschaft (UK/042/2012)**

**am Montag, 25. Juni 2012,**

**16:30 Uhr**

**3. Etage, Raum 333,  
Ferdinandplatz 2, 01069 Dresden**

**Beginn der Sitzung:**

16:30 Uhr

**Ende der Sitzung:**

20:45 Uhr

**Anwesend:**

CDU-Fraktion

Dr. Georg Böhme-Korn  
Christa Müller  
Dr. Helfried Reuther  
Joachim Stübner

Fraktion DIE LINKE.

Dr. Margot Gaitzsch  
Andreas Naumann

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Andrea Schubert  
Elke Zimmermann

SPD-Fraktion

Albrecht Pallas

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Anita Köhler

**Abwesend:**

Stellvertretender Vorsitzender

Dirk Hilbert

Vertretung für Frau Helma Orosz

FDP-Fraktion

Burkhard Vester

**Verwaltung:**

Frau Leibnitz	GB 6 / Amt 61
Herr Böbst	GB 6 / Amt 61
Herr Dr. Mohaupt	GB 6 / Amt 61
Frau Porrmann	GB 7 / Amt 67
Herr Viertel	GB 7 / Amt 67
Frau Jäger	GB 7 / Amt 67
Herr Thiel	GB 7 AL 67
Herr Rex	Büro GB 7

**Gäste:**

Herr Jakobsen  
Herr Dr. Klingner

Architekturbüro Pätzold  
Fraunhoferinstitut

**Schritfführerin:**

Ines Richter

# T A G E S O R D N U N G

## Öffentlich

- |          |   |                                  |
|----------|---|----------------------------------|
| <b>1</b> | Entscheidung über Widmung, Einziehung sowie Veränderungen an gewidmeten Grünanlagen gemäß § 2 der Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen der öffentlichen Grünanlagen der Landeshauptstadt Dresden (Sondernutzung Grünanlagen) | <b>V1171/11<br/>beschließend</b> |
|----------|---|----------------------------------|

## Nicht öffentlich

- |          |   |   |
|----------|---|---|
| <b>2</b> | Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 6005, Dresden-Räcknitz, Fraunhofer IVI - Testoval<br><br>hier:<br>1. Abwägungsbeschluss<br>2. Satzungsbeschluss sowie Billigung der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 Abs. 4 BauGB zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan | <b>V1695/12<br/>beratend</b>                    |
| <b>3</b> | Gestaltungskonzeption für den öffentlichen Raum des historischen Dorfkerns Altstrehlen<br><br>hier:<br>1. Billigungsbeschluss<br>2. Umsetzungsbeschluss   | <b>V1506/12<br/>beratend</b>                    |
| <b>4</b> | Nutzergerechte Bushaltestellen an den Dresdner Fernbahnhöfen  | <b>A0565/12<br/>beratend</b>                    |
| <b>5</b> | Förderung von Hochwassereigenvorsorge   | <b>A0571/12<br/>beratend<br/>(federführend)</b> |
| <b>6</b> | Patenschaften für Baumscheiben  | <b>A0585/12<br/>beratend<br/>(federführend)</b> |

- |          |  |                              |
|----------|--|------------------------------|
| <b>7</b> | Romantische Kutschfahrten nur mit Tierschutz – Städtische Leitlinien für Pferdefuhrwerksbetriebe         | <b>A0603/12<br/>beratend</b> |
| <b>8</b> | Kleingärtner über Lkw-Trassenplanungen informieren – Einwohnerversammlung für Kaditz, Übigau und Mickten | <b>A0606/12<br/>beratend</b> |
| <b>9</b> | Informationen/Sonstiges  |                              |

**öffentlich**

**Einleitung:**

Herr **BM Hilbert** eröffnet die 42. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Kommunalwirtschaft. Er begrüßt die Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Verwaltung sowie die Gäste zum öffentlichen Teil der Sitzung.

Die Einladung wurde form- und fristgerecht versandt, Beschlussfähigkeit ist hergestellt und die Tagesordnung wird wie geladen bestätigt.

- |          |  |                                  |
|----------|--|----------------------------------|
| <b>1</b> | <b>Entscheidung über Widmung, Einziehung sowie Veränderungen an gewidmeten Grünanlagen gemäß § 2 der Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen der öffentlichen Grünanlagen der Landeshauptstadt Dresden (Sondernutzung Grünanlagen)</b> | <b>V1171/11<br/>beschließend</b> |
|----------|--|----------------------------------|

Herr **Viertel** stellt die Vorlage V1171/11 vor und erläutert anhand der Präsentation die Umsetzung der Grünanlagensatzung. Grünanlagen sollten als Ort der Erholung für die Allgemeinheit zur Verfügung stehen und die Grünanlagensatzung müsse dazu dienen, die Regeln den Besuchern zu verdeutlichen.

Er erinnert, dass der Stadtrat unter intensiver Mitwirkung des Ausschusses für Umwelt und Kommunalwirtschaft die Sondernutzungssatzung für Grünanlagen aus dem Jahr 1991 am 27.01.2011 in eine ganzheitliche Satzung zum Schutz der Park- und Grünanlagen und zur Sondernutzung überführt habe. Am 11.02.2011 wurde diese dann veröffentlicht. Gemäß Festlegung des Ausschusses erfolge nach einem Jahr ein Bericht über die Umsetzung der Grünanlagensatzung.

Herr Viertel stellt heraus, dass sich der Satzungsvollzug in zwei Teile gliedere. Zunächst habe man die Informationen über die Anzahl und den Umfang der städtischen Park- und Grünanlagen bereitstellen müssen. Diese Anlagen sind im Internet abrufbar.

Des Weiteren habe man das Antrags- und Genehmigungsverfahren sowie den Satzungstext ins Internet gestellt. Nun können sich Besucher und Nutzer der Grünanlagen informieren, wo Grenzen der genehmigungsfreien Nutzung liegen und welche Nutzungen einer Genehmigung bedürfen. Ein entsprechend übersichtliches Antragsformular stehe zum Download bereit.

Zum Zweiten Teil des Satzungsvollzuges gehöre die Kontrolle der Einhaltung der Regeln. Es seien Ordnungswidrigkeitsbestimmungen in die Satzung aufgenommen worden, die für den Schutz der Grünanlagen und deren Besuchern sorgen sollen. Gemeinsam mit den Ortsämtern werden die Regelungen vollzogen.

Herr Viertel teilt mit, dass im Jahr 2011 96 Verstöße gegen die Benutzung von Glasbehältnissen und 550 Verstöße gegen das Alkohol- und Rauschmittelverbot sowie 228 Verstöße gegen das Rauchverbot auf Spielplätzen festgestellt wurden. 337 Verstöße seien beim illegalen Parken registriert worden. Generell seien die Spielplätze der Schwerpunkt der Kontrollen. Es sei auch ein neues Schild für Spielplätze entwickelt worden. Herr Viertel stellt es vor und gibt Beispiele für Verstöße gegen die aufgestellten Regelungen.

Weiterhin führt er aus, dass die Aktualisierung der Verzeichnisse in der Satzung § 2 festgeschrieben sei. Es werde um Zustimmung zur Aktualisierung der Verzeichnisse gemäß Beschlusspunkt 1 gebeten.

Im zweiten Beschlusspunkt erklärt Herr Viertel, dass es Änderungsbedarf in der Satzung gäbe, da der Inhalt für die Bürger schwer nachzuvollziehen sei. Flurstücksnummern stehen für Bürger nicht zur Verfügung, die Größen der Flächen seien nur schwer einschätzbar, es gäbe Unsicherheit beim Vollzug und die verwaltungsinternen Bezeichnungen erschließen sich dem Bürger nicht in jedem Falle.

Mit der neuen Listung solle der Verwaltungsaufwand verringert und die Verständlichkeit erhöht werden. Flurstücksnummern mit Gemarkung und die Größen sollen kein Bestandteil der Listen mehr sein. Es sei auch geplant, die Liste zum Themenstadtplan zu verlinken um eine bessere Auffindbarkeit zu ermöglichen.

Damit seien dann auch die Anlagen besser auffindbar, das Verzeichnis kürzer, übersichtlicher, bürgerfreundlicher und verwaltungspraktikabler, konstatiert Herr Viertel.

Auf die Nachfrage von StadträtInnen eingehend teilt Herr Viertel mit, dass der Brunnen am Albertplatz nicht in der Listung enthalten sei, da das Gelände nicht städtisch ist. Die Cockerwiese sei von der Satzung ebenfalls nicht betroffen.

Weiterführend bemerkt Herr **Thiel**, dass die Cockerwiese bewusst aus der Satzung herausgelöst sei. Es gäbe zahlreiche Anträge zur Durchführung von Veranstaltungen im Jahr.

Ergänzend wirft Herr **BM Hilbert** ein, dass das Ostragehege angeboten worden sei, aber hinsichtlich Lärm keine wirkliche Alternative biete. Es würden relativ schnell Ausgleichsmaßnahmen seitens der DVB AG durchgeführt.

Auf die Nachfrage zur Anzahl der Grünflächen bestätigt Herr **Thiel**, dass es deutlich mehr Flächen sein werden. Im Rahmen der Haushaltsplanung werde man eine Vorstellung vornehmen.

Frau **StRin Zimmermann** hinterfragt die Situation zur Abgabe von Grünflächen an privat sowie zum Rahmenplan Lingnerpark. Darüber hinaus kritisiert sie die Beschilderung an Spielplätzen.

Herr **Viertel** stellt klar, dass es sich beim „Abgang“ an Privat um einen Verwaltungsakt handle.

Generell sei die Vorlage schwer zu lesen, stellt Herr **StR Dr. Reuther** fest und deshalb könne man auch die Änderungen schwer nachvollziehen. Er meint, dass eine Karte mit einer Untergliederung ortsamtsweise sinnvoll sei und beantragt die Übergabe dieser Unterlagen vor einer Entscheidungsfindung. Ein Eilbedarf dieser Vorlage werde nicht gesehen, somit beantragt er die Vertagung der Vorlage in der heutigen Sitzung.

Auch Herr **StR Pallas** unterstütze den Vertagungsantrag und erwarte, dass unter „Bemerkungen“ auch detaillierte Ausführungen zu finden sein müssen. Des Weiteren fragt er nach, warum es bei Stadt- oder lokalen Festen keine Gebührenbefreiung gäbe. Zudem sei von Interesse, wie der Vollzug beim Rad fahren über kommunale Flächen und wie die Zusammenarbeit mit der Polizei erfolge.

Frau **StRin Schubert** beantragt die Verweisung der Vorlage in die Ausschüsse für Wirtschaftsförderung sowie Stadtentwicklung und Bau. Das Votum dieses Gremiums solle als Basis für die Beschlussfassung im Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft dienen.

Die Verweisung in Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung und Bau werde nicht als notwendig erachtet, stellt Herr **BM Hilbert** klar. Hinsichtlich der Immissionswerte bei Veranstaltungen gäbe es jedoch Auflagen unabhängig der Regelungen in der Satzung.

In Beantwortung einiger Fragen teilt Herr **Viertel** mit, dass es mit zwei Polizeirevieren (Pie-schen und Prohlis) ein Modellprojekt gäbe mit Schwerpunkten „Spielplätze“. Mit der Grünanlagensatzung werde die Verwaltung handlungsfähig in Sachen Ordnungswidrigkeiten.

Weitere Diskussionsbeiträge oder Anfragen werden nicht eingebracht, Herr **BM Hilbert** bringt zunächst den Vertagungsantrag mit der Auflage an die Verwaltung, die Aufarbeitung von Kartenmaterial bei Änderungen größer 500 qm und deren Übergabe (digital über die jeweiligen Fraktionen) an die Mitglieder des Ausschusses zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: 9 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltungen Zustimmung**

Die Verweisung in die Ausschüsse Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung und Bau wird mit 5/5/0 abgelehnt.

Abschließend werden Angaben zu Einnahmen aus Sondernutzungen zugesagt und der Tagesordnungspunkt geschlossen.

Das Gremium setzt mit Tagesordnungspunkt 2 seine Beratung in nicht öffentlicher Sitzung fort.

17.07.2012

Dirk Hilbert  
Vorsitzender

Ines Richter  
Schriftführerin

Dr. Böhme-Korn  
Stadtrat

Köhler  
Stadträtin